



## **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

### **29. Sitzung (öffentlich)**

6. Juli 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Stefan Kämmerling (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Zur Tagesordnung 7**

##### **a) Zeitrahmen der heutigen Sitzung 7**

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 „Studie zur Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung“ je nach Stand der Diskussion vorzuziehen oder später aufzurufen, um den Beginn um etwa 12:00 Uhr zu ermöglichen.

##### **b) Änderung der Tagesordnung 7**

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen Tagesordnungspunkt 1 „Überschuldete Kommunen finanziell handlungsfähig machen! Die Landesregierung muss die Initiative für einen kommunalen Altschuldenfonds ergreifen!“ auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

**c) Verfahren zum Tagesordnungspunkt „Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG)“**

8

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD, dass es sich bei dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/3036 nicht um grundlegende Veränderungen handelt.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, keine weitere Anhörung durchzuführen.

**1 Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG)**

20

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/2166

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU  
und der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/3036

Änderungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/3044

Ausschussprotokoll 17/272

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/3036 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/3044 wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/2166 anzunehmen.

**2 Studie zur Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung (s. Anlage 1) 42**

Vorlage 17/617

**3 Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen 51**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
und der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/2058

Ausschussprotokoll 17/313

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/2058 anzunehmen.

**4 Land muss Verantwortung für Geduldete übernehmen und Kommunen dauerhaft finanziell entlasten 53**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/2550

in Verbindung mit

**Wann verbessert die Landesregierung die Kostenerstattung für geduldete Flüchtlinge? (s. Anlage 2)**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/962

Der Ausschuss kommt überein, das weitere Verfahren in einer Obleuterunde zu klären.

- 5 Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes 54**  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/2659  
  
Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung des federführenden Integrationsausschusses pflichtig zu beteiligen.
- 6 Wohnraumpotential in Handelsimmobilien in Nordrhein-Westfalen 55**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/953
- 7 Evaluierung der Befristung nach § 2 BauGB-AG NRW (s. Anlage 3) 57**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/954
- 8 Umsetzung des Konzepts „Starkregen“ und kommunale Erfahrungen aus den Projekten „Kommunaler Klimaschutz.NRW“ und „Grüne Infrastrukturen NRW“ (s. Anlage 4) 58**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/956
- 9 Bauland an der Schiene – Siedlungsflächen an Haltepunkten des schienengebundenen Personennahverkehrs 61**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/961
- 10 Wann veröffentlicht die Landesregierung die Eckpunkte für das GFG 2019? (s. Anlage 2) 64**  
Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/966

- 11 Wie bewertet die Landesregierung die auf dem CDU-Landesparteitag beschlossene Abschaffung der Stichwahl für kommunale Hauptverwaltungsbeamte? (s. Anlage 2)** **66**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/941
- 12 Terminplanung für das Jahr 2019** **67**
- Der Ausschuss stimmt der vorgelegten Terminplanung für das Jahr 2019 zu.
- 13 Verschiedenes** **68**
- a) **Anhörung von Sachverständigen zur IGA 2027** **68**
- b) **Bundesratsverfahren** **70**
- c) **Verfahren zum Entwurf zum „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“** **71**
- Drucksache 17/2994
- Der Ausschuss trifft den Vorratsbeschluss, zum Entwurf zum „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“ Drucksache 17/2994 eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren, insbesondere den Termin und die Anzahl der Sachverständigen in einer Obleuterunde zu klären.
- d) **Abschied von Sven Wolf (SPD) aus dem Ausschuss** **72**



c) **Verfahren zum Entwurf zum „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“**

Drucksache 17/2994

**Henning Höne (FDP)** weist darauf hin, das Plenum werde den Entwurf zum „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“ Drucksache 17/2994 in seiner Sitzung am Freitag aller Voraussicht nach an den Ausschuss überweisen.

Daher regt er einen Vorratsbeschluss an, dazu eine Anhörung durchzuführen, die beispielsweise am 5. September 2018 stattfinden könnte. Die Details könnten dann die Obleute klären. Dies hielte er für sinnvoller, als am Freitagnachmittag nach dem Plenum zu einer Sondersitzung des Ausschusses zusammenzukommen.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** meint, nach dem Änderungsantrag von Dienstag zu einem noch gar nicht vorliegenden Gesetzentwurf handele es sich bei der Bitte von Henning Höne um den zweiten ungewöhnlichen Vorgang in diesem Zusammenhang.

Zwar wolle sich seine Fraktion dem Anliegen nicht grundsätzlich verschließen, halte aber den vorgeschlagenen Termin für äußerst schwierig, denn die sitzungsfreie Zeit ende erst Ende August, sodass man faktisch bereits jetzt schon die Sachverständigen einladen müsste. Dies stelle seine Fraktion vor Probleme.

Vor diesem Hintergrund hätte er sich gewünscht, eine Woche früher Bescheid zu geben, denn ihm sei nicht bekannt gewesen, dass der Gesetzentwurf am Dienstag das Kabinett passieren würde.

Er spricht sich dafür aus, im Laufe der nächsten Tage eine Lösung zu suchen, zumal er das Verfahren nicht verzögern wolle. Allerdings bestehe zum Gesetzentwurf noch ganz klar Beratungsbedarf.

**Vorsitzender Stefan Kämmerling** stellt keine Einigkeit im Ausschuss fest, sodass er davon ausgehe, dass man heute nicht abstimmen wolle.

**Henning Höne (FDP)** geht von einer Sondersitzung zu diesem Tagesordnungspunkt nach dem Ende des Plenartages nächste Woche Freitag aus.

**Fabian Schrupf (CDU)** hält den Vorschlag von Henning Höne für sehr pragmatisch, weshalb seine Fraktion ihn ausdrücklich unterstütze.

**Henning Höne (FDP)** stellt klar, es gehe ihm nicht um den Termin am 5. September 2018. Er habe lediglich auf eine Sondersitzung des Ausschusses am Freitagnachmittag nach dem Ende des Plenums verzichten wollen. Die Details und den Anhörungstermin könnte man durchaus in einer Obleuterunde klären. Er hielte es für unglücklich, erst in

der nächsten regulären Ausschusssitzung am 14. September 2018 den Beschluss zu einer Anhörung zu fassen, die dann faktisch erst Ende Oktober stattfinden könnte.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** hält es für unproblematisch, einen Vorratsbeschluss für die Anhörung zu treffen, da seine Fraktion selbstverständlich davon ausgehe, dass man einen Gesetzentwurf mit einer Anhörung berate. In der kommenden Woche könnten dann die Obleute sauber das Verfahren beraten.

**Vorsitzender Stefan Kämmerling** teilt mit, Fabian Schrupf habe grundsätzlich darum gebeten, am Rande von Plenarsitzungen keine Obleuterunde durchzuführen.

**Fabian Schrupf (CDU)** meint, da es nur um eine Terminabstimmung gehe, könne man in diesem Fall gerne eine Ausnahme machen, was **Vorsitzender Stefan Kämmerling** für ausgesprochen großzügig und sehr nett hält.

Der Ausschuss trifft den Vorratsbeschluss, zum Entwurf zum „Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistags und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“ Drucksache 17/2994 eine Anhörung durchzuführen und das weitere Verfahren, insbesondere den Termin und die Anzahl der Sachverständigen in einer Obleuterunde zu klären.

#### **d) Abschied von Sven Wolf (SPD) aus dem Ausschuss**

**Sven Wolf (SPD)** teilt mit, die heutige Sitzung stelle voraussichtlich seine letzte in diesem Ausschuss dar, weshalb er sich ganz herzlich bei den Sprechern für die kollegiale und gute Zusammenarbeit bedanke wie auch bei der Ministerin und beim Staatssekretär. Ab nächster Woche werde er für seine Fraktion nicht mehr für diesen Bereich zuständig sein. Stattdessen übernehmen zwei neue Kollegen die Verantwortung für die Bereiche Kommunales und Bauen. Es handele sich um sehr gute und erfahrene Kollegen.

gez. Stefan Kämmerling  
Vorsitzender

#### **4 Anlagen**

06.08.2018/21.08.2018

83